

13. Juli 2013

Keine Entscheidung

Der Petitionsausschuss des Landtages hat sich mit dem Teninger Grundwasser beschäftigt.



Großes Interesse fand die Sitzung des Petitionsausschusses zu den PCP-Altlasten in Teningen, den die "Bürgerinitiative Sauberes Wasser" angerufen hatte. Die Sitzung leitete MdL Thomas Marwein (Grüne), Co-Berichterstatter war MdL Werner Raab (CDU)
Foto: Markus Zimmermann

TENINGEN. Ist die Bebauung eines Grundstücks zwischen dem ehemaligen Frako-Gelände und der Siedlung schädlich für die Sanierung eines Grundwasserschadens, der von Industrieabfällen ausgeht und sich über das Areal der Siedlung hinaus bis zu einem Kleingartengelände erstreckt – oder nicht? Das soll der Petitionsausschuss des Landtages klären, den die Bürgerinitiative "Sauberes Wasser" angerufen hat und der gestern im Bürgersaal des Rathauses tagte. Umstritten bleibt, wie schädlich die Belastung des Grundwassers für die darüber lebenden Menschen ist.

"Ich werde hier und heute keine Entscheidung treffen", enttäuschte Thomas Marwein gleich zum Auftakt all diejenigen, die mit der Hoffnung, einen Schiedsspruch zu hören, die Zuhörerreihen füllten. Die Sitzung sei dazu da, dass die Parteien ihre Argumente vortragen könnten, so der umwelt- und lämpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion Landtag.

Die Sitzung sei eine Chance, Entgegenkommen zu signalisieren und Angebote einer gütlichen Einigung zu unterbreiten – das unterblieb aber. Als Co-Berichterstatter wurde Marwein vom CDU-Abgeordneten und Fraktionsobmann für Petitionen Werner Raab

begleitet.

Zweifel an der hydrologischen Sicherung und Sanierung meldete Alfred Winski an, der Sprecher der BI. Auch nachdem die Maßnahme optimiert worden sei und die Pumprate von 23 Kubikmeter je Stunde auf 31 erhöht wurde, sei eine positive Tendenz, wie sie die Behörden sehen wollten, für ihn nicht erkennbar. Seit Jahren wird auf dem ehemaligen Frako-Areal Grundwasser abgepumpt und gereinigt.

Verschärfend führte Winski an, dass es bei der Messung von Schadstoffen zu labortechnischen Unsicherheiten komme, so dass auch mit einer höheren Belastung gerechnet werden müsse. Außerdem sei mit "ganz großer Wahrscheinlichkeit" davon auszugehen, dass auch "hydroxyliertes PCB" vorhanden sei, wodurch alle bisherigen Erkenntnisse relativiert würden. Die Angelegenheit müsse deshalb "komplett neu bewertet werden".

Eine Stellungnahme zu diesen "neuen" Erkenntnissen sei den Vertretern der Fachbehörden nicht möglich, betonte Marwein und bat Winski, entsprechende Unterlagen weiter zu reichen. Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse sind für Jens Dünnebier, Sachverständiger für Altlasten beim Landratsamt, "eine Gefahrenlage und ein sich daraus ableitendes Bauverbot nicht erkennbar"

Die Grundstücke würden zwar von belastetem Grundwasser unterströmt, jedoch ohne Auswirkungen auf die Oberfläche. Schwankungen bei den Messwerten führt Dünnebier auf steigende Grundwasserstände zurück. Ein Phänomen, das auch bei der sanierten Kiesgrube feststellbar sei. In beiden Fällen seien die Zielwerte der Sanierung noch nicht erreicht, jedoch sei mittelfristig eine deutliche Reduzierung der Belastung zu erwarten. Deshalb sei auch die Menge des Wassers, das abgepumpt werde, nochmals um zehn Kubikmeter je Stunde erhöht worden. Das Grundstück, dessen Bebauung von der BI in Frage gestellt wird, werde auch zukünftig nicht in Anspruch genommen, sollten weitere Sanierungsmaßnahmen notwendig werden.

"Wichtig ist, Kontakt mit dem Grundwasser zu vermeiden", sagt Armin Dietz, Leiter des Emmendinger Gesundheitsamts. Der Kontakt mit PCB sei beim Verzehr von Fisch oder Fleisch aber deutlich höher als beim Trinken geringer Mengen des belasteten Grundwassers.

Autor: Markus Zimmermann